

**Erklärung des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.  
zur  
Zukunft der Eingliederungshilfe**

Immer mehr Menschen mit Behinderungen sowie deren Angehörige fordern für sich angepasste Unterstützungsangebote, die ihnen ein Leben weitgehend nach den eigenen Vorstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen. Gleichzeitig wächst die Zahl derjenigen, die auf eine umfassende Hilfe zur Eingliederung angewiesen sind. Die dadurch steigenden Kosten müssen von den Städten und Gemeinden aufgebracht werden, die sich in einer schweren Finanzierungskrise befinden. Das Zusammentreffen des neuen behindertenpolitischen Paradigmas der Selbstbestimmung mit der öffentlichen Finanznot und dem Wunsch der Betroffenen nach anderen Angebotsformen kann eine dynamische Entwicklung einleiten, die Chance und Risiko zugleich ist.

Die sich daraus ergebende Frage nach der Zukunft der Eingliederungshilfe ist nicht alleine mit dem Ruf nach mehr Geld zu beantworten. Alle an der Eingliederungshilfe Beteiligten – die Leistungsträger, Leistungserbringer und Leistungsberechtigten – werden aufgefordert, gemeinsam in einem kreativen und konstruktiven Prozess an einer zukunftsfähigen Eingliederungshilfe zu arbeiten. Dazu wird mehr als eine Antwort notwendig sein.

Das **Persönliche Budget** kann nicht alleine alle Unzulänglichkeiten des derzeitigen Unterstützungs- und Eingliederungssystems ausgleichen aber es kann einen wesentlichen Betrag leisten. Behinderte Menschen und ihre Angehörigen und die Anbieter von Leistungen wünschen konkrete und verlässliche Regelungen des Gesetzgebers, insbesondere in Bezug auf den Rechtsanspruch, die Bedarfsfeststellung und die Ermittlung der Höhe des Budgets. Das Persönliche Budget darf kein Privileg überwiegend körperbehinderter Menschen sein, sondern muss auch Menschen mit einer geistigen Behinderung zugänglich gemacht werden.

Die **Planungs- und Finanzierungsverantwortung** der Eingliederungshilfe muss in einer Hand liegen. Im Bereich des Wohnens und der Alltagsbewältigung gibt es dazu keine Alternative. Zu klären ist, wie eine systematisch sinnvolle Verlagerung der Verantwortung in die Gemeinde annähernd gleiche Lebensbedingungen sichern kann damit Teilhabechancen nicht von der Kassenlage und der kommunalpolitischen Prioritätensetzung bestimmt werden.

Der größte Teil der 162.000 stationär untergebrachten behinderten Menschen lebt in **Groß- und Komplexeinrichtungen**. Der von behinderten Menschen, ihren Angehörigen, von Mitarbeitern und Trägern zum Teil gemeinsam angestrebte Umstrukturierungsprozess hin zu gemeindeintegrierten familienähnlichen Wohnformen ist unumgänglich. Aber er muss auf alle Beteiligten Rücksicht nehmen und sicherstellen, dass Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen den Weg in die Gemeinde mitgehen können.

Der Grundidee der Eingliederungshilfe liegt die kompensatorische Unterstützung behinderter Menschen zugrunde. Ermöglichen die allgemeinen Lebensverhältnisse Inklusion und Teilhabe und stehen alle sozialen Leistungen behinderten Menschen zur Verfügung, können kompensatorische Leistungen zurücktreten. Zukünftig gilt es, diese **Potentiale in einer weitgehend barrierefreien Gesellschaft** zu erschließen.

Die **Familie, Freunde und Nachbarn** haben im Alltag eine sehr große Bedeutung für behinderte Menschen. Noch gibt es nur wenige strukturelle Verbindungen zwischen dieser Unterstützungsform und dem professionellen System. Wird freiwilliges Engagement positiv mit institutionellen Angeboten verknüpft, können neue Ressourcen erschlossen werden.

Der Weg in eine positive Zukunft der Eingliederung kann nur gemeinsam gegangen werden.

Wir erwarten deshalb von der **Politik**, dass sie die Grundlagen dafür schafft, dass die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der Aufgabe der Eingliederungshilfe bestehen bleibt.

Wir erwarten, dass die notwendigen materiellen Ressourcen für diese Aufgabe bereitgestellt werden und der rechtliche Rahmen so gestaltet ist, dass Rechtsansprüche durchsetzbar sind.

Wir erwarten, dass ungerechte und benachteiligende Regelungen bei der Betreuung und Unterstützung behinderter Menschen beseitigt werden.

Schließlich erwarten wir, dass die positiven Ansätze einer eigenständigen Politik für behinderte Menschen fortgesetzt werden.

Wir erwarten von den **Leistungsträgern**, dass sie sich auch in der Finanzierungskrise zu ihrer Verantwortung für die Eingliederungshilfe bekennen.

Wir erwarten, dass sie hinderliche, bürokratische Strukturen überwinden, konstruktiv nach neuen Wegen suchen und Experimente zulassen, statt mit Standardabsenkungen und Leistungsverweigerungen den Finanzierungsproblemen zu begegnen.

Wir erwarten, dass sie Zuständigkeitsgrenzen überwinden und endlich aufhören, ihr Heil in der Kostenverschiebung auf andere Sozialleistungsträger zu suchen.

Wir erwarten, dass sie sich an Recht und Gesetz halten, damit berechtigte Leistungen nicht in mühevollen Rechtsprozessen erstritten werden müssen.

Wir erwarten von den **Leistungserbringern**, dass sie bereit sind, ihr Angebot bedarfsgerecht zu differenzieren, Macht- und Marktstrukturen da aufzugeben, wo sie einer konsequenten Orientierung an der Lebensqualität im Wege stehen und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft verhindern.

Wir erwarten, dass sie den Wettbewerb um die beste Qualität zu fairen Bedingungen zulassen.

Wir erwarten, dass sie die Unterstützungsbedürftigkeit behinderter Menschen nicht für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Wir erwarten, dass versorgungs- und organisationszentrierte Angebote nach und nach durch individualisierte Formen der Leistungserbringung ergänzt werden.

**Behinderte Menschen und ihre Angehörigen** lehnen, überzogenes Versorgungsdenken ab, sie fragen ; nicht mehr „Was steht mir zu?“, sondern „Was ist notwendig, damit Teilhabe in der Gesellschaft gelingt?“.

Die im Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte zusammengeschlossenen Eltern sind bereit, ihren Beitrag unmittelbar gegenüber ihren Kindern zu leisten und für sie auch vermeintlich weniger stabile Betreuungsformen zu akzeptieren und zu unterstützen, wenn sie damit einen größeren Einfluss auf ihre Lebensgestaltung erhalten.

Behinderte Menschen sind bereit, sich aktiv und verantwortlich an der eigenen Lebensführung zu beteiligen.

Wir sind als Organisation der Behindertenhilfe und –selbsthilfe bereit, uns an der Suche nach effektiven und damit kostengünstigen Lösungen zu beteiligen und sie unseren Mitgliedern zu vermitteln.

Wir sind bereit, Besitzstände in Frage zu stellen, wenn sie sinnvollen und zukunftsweisenden Lösungen im Wege stehen.

Für die Zukunft der Eingliederungshilfe und vor allem für die Menschen, die auf sie angewiesen sind, ist die Lösung der anstehenden Probleme von existentieller Bedeutung. Der Bundesverband ist bereit, konstruktiv daran mitzuarbeiten. Unsere Bereitschaft endet jedoch, wenn Kaputtsparen beginnt, die Reduzierung der Lebensqualität behinderter Menschen in Kauf genommen wird, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen und Diensten wegen der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen aufgeben oder erkranken und wenn trotz aller Bemühungen der Schutz und das individuelle Wohlergehen behinderter Menschen nicht mehr gewährleistet ist.

Berlin, 17.10.2003